Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/5248

21. 03. 86

Sachgebiet 233

Antrag

der Abgeordneten Dr.-Ing. Kansy, Frau Rönsch (Wiesbaden), Dr. Daniels, Dörflinger, Eylmann, Link (Frankfurt), Linsmeier, Magin, Dr. Möller, Niegel, Pesch, Frau Roitzsch (Quickborn), Sauer (Salzgitter), Ruf, Zierer, Herkenrath, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Pohlmeier, Jagoda, Lowack, Dr. Bugl, Schwarz, Kraus und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Grünbeck, Frau Dr. Segall, Gattermann, Dr. Feldmann und der Fraktion der FDP

Probleme hochverdichteter Neubausiedlungen aus den 60er und 70er Jahren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Wohnungs- und Städtebau eine einmalige Aufbauleistung erbracht. Seit 1949 wurden fast 18 Millionen Wohnungen neu errichtet; die Wohnungsnot wurde beseitigt. Heute besteht in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland ein ausreichendes Wohnungsangebot. Die Statistik weist aus, daß die Wohnraumversorgung der privaten Haushalte ein in der deutschen Geschichte bisher nie erreichtes Niveau hat. Diese Aufbauleistung konnte sich nicht ausschließlich in den gewachsenen Städten und Ortschaften vollziehen. Ein erheblicher Teil dieser Wohnungen – mindestens 500 000 Wohneinheiten für ca. zwei Millionen Menschen – wurde in neugeplanten Wohnsiedlungen am Rande von Großstädten errichtet, oft in vielgeschossiger, monotoner Fertigbauweise.

2. Mit diesen Bauvorhaben sollten seinerzeit nicht nur schnell und preisgünstig neue Wohnungen geschaffen werden, sondern es wurden auch häufig neue städtebauliche und architektonische Ziele verfolgt, wie etwa:

   — aufgelockerte Bauweise bei hoher Verdichtung;
   — Schaffung ausreichender, begrünter Abstandsflächen zwischen den Gebäuden;
   — wirtschaftliche Gebäudeformen durch höhere Bebauung;
   — Berücksichtigung der Anforderungen des neuzeitlichen Verkehrs, insbesondere des Automobilverkehrs;
   — Umsetzung von architektonischen Vorstellungen der „Stadt als Gesamtkunstwerk".

3. Nach diesen Vorstellungen entstanden in kurzer Zeit große Wohnbereiche, die in dieser Konzentration in der Bundesrepublik Deutschland zu wenig erprobt waren. Man baute vielfach Hochhäuser mit einer neuentwickelten, aber oft empfindlichen technischen Ausstattung, die durch zentrale und großdimensionierte Dienstleistungseinrichtungen versorgt werden sollten. Durch die Entfernungen zu den Arbeitsplätzen wurden diese Großsiedlungen für die Bewohner zu anonymen Schlafstädten. Diese neuen städtebaulichen Formen prägten den Alltag der dort lebenden Menschen.

4. Obwohl dieses städtebauliche Konzept damals nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch im Ausland Anerkennung und Anwendung fand, stellt sich im Rückblick die Frage, ob auch die Interessen der Bewohner ausreichend berücksichtigt wurden.

   Nach heutigen Erkenntnissen muß festgestellt werden, daß vielfach an den Bedürfnissen vorbeigeplant und gebaut wurde:

   — Die städtebauliche und architektonische Gestaltung ist häufig eintönig und abweisend und trägt zur Anonymität in den Siedlungen bei.

   — Hochhäuser werden als Wohnform von den Bewohnern abgelehnt und sind insbesondere für Familien ungeeignet.

   — Das Wohnumfeld ist vielfach wenig attraktiv. Schlecht gestaltete öffentliche und halböffentliche Räume (Straßenplätze, Parkeinrichtungen, ungepflegte Innenhöfe, unübersichtliche Hauseingänge, Korridore usw.) erschweren es den Bewohnern, sich mit ihren Siedlungen zu identifizieren.

   — Die infrastrukturellen Einrichtungen sind oft unvollständig oder unzureichend.

   — Unbebaute Grundstücke sind meist in einem schlechten Zustand.

   — Bauschäden aufgrund fehlerhafter Planung, schlechter Bauausführung oder unzureichender Instandhaltung sind überdurchschnittlich häufig festzustellen.

   — Treten mehrere dieser Probleme zusammen auf, kommt es zu einem Absinken des Erscheinungsbildes der Siedlung, sozialen Belastungen und zu daraus resultierendem Vandalismus.

5. Folge solcher Entwicklungen sind vermehrt Fortzüge, Schwierigkeiten bei der Nachmietung und schließlich überdurchschnittliche Wohnungsleerstände. Sozial stärkere Haushalte nutzen die in vielen Städten inzwischen entstandene Wohnungsmarktlage und ziehen andere Angebote vor. Die so entstehende einseitige Zusammensetzung der Wohnbevölkerung wird durch die Belegungspraxis mancher

Gemeinden noch gefördert. Hat eine große Wohnsiedlung durch Häufung von Mängeln bereits einen schlechten Ruf, wird die Erhaltung oder Wiederherstellung einer ausgewogenen Mischung der Bevölkerung zusätzlich erschwert.

6. Bund, Länder und Gemeinden sind im Rahmen der Städtebaupolitik, der städtebaulichen Planung und der Förderung des Wohnungsbaus in vielfacher Weise an der Entstehung von Trabantensiedlungen beteiligt. Im Hinblick auf die Bedeutung dieses Wohnungsbestandes ist im Interesse der Bewohner deswegen zu untersuchen, welche Mängel in diesen Siedlungen auftreten, wo ihre Ursachen liegen und wie sie behoben werden können.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag einen städtebaulichen Bericht über Trabantenstädte und Großwohnsiedlungen zur Beratung vorzulegen. Sie soll darin die Erfahrungen darstellen, die mit dem Leben in solchen Siedlungen gemacht werden, über die Mängel der Trabantenstädte und deren Ursachen berichten und Lösungsansätze vorschlagen, die die städtebauliche Qualität dieser Siedlungen verbessern.

Bonn, den 21. März 1986

Dr.-Ing. Kansy
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Dr. Daniels
Dörflinger
Eylmann
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Magin
Dr. Möller
Niegel
Pesch
Frau Roitzsch (Quickborn)
Sauer (Salzgitter)
Ruf
Zierer
Herkenrath
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Pohlmeier
Jagoda
Lowack
Dr. Bugl
Schwarz
Kraus
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Grünbeck
Frau Dr. Segall
Gattermann
Dr. Feldmann
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333